Antrag 127/I/2026
Abt. 03/03 Wilhelmsruh-Rosenthal
Der Landesparteitag möge beschließen:
Der Bundesparteitag möge beschließen:

Ermäßigtes Deutschlandticket für 29,-Euro im Monat

Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder der Regierungen in Bund und Ländern dazu auf, sich dafür einzusetzen, dass das Deutschlandticket erhalten bleibt, der Preis dauerhaft stabil bleibt und eine ermäßigte Variante von 29,- Euro für bestimmte Gruppen z.B. für Azubis eingeführt wird.

Begründung

Das Deutschlandticket ist eine einkommensunabhängige Möglichkeit, in ganz Deutschland mobil zu sein. Diese Möglichkeit muss auch Menschen mit geringerem Einkommen und Vermögen gegeben sein Darüber hinaus fördert das Deutschlandticket die ökologische Mobilitätswende und die Erreichung der deutschen Emissionsziele.

Das Deutschlandticket wird derzeit von ca. 13,5 Millionen Menschen genutzt1 und wird von Bund und Ländern mit 3 Mrd € unterstützt, das sind ca. 222,-€ pro Nutzer.
Im Gegenzug gibt es die steuerliche Bevorteilung von Dienstwagen, die als Vergütungsbestandteil gerade gutverdienende Menschen bevorzugt. Schätzungen gehen von 3 bis 4 Millionen Nutzern aus. Dabei entstehen dem Staat Verluste bei Steuereinnahmen von konservativ geschätzten 3,5 Mrd €. Gehen wir von 4 Millionen Nutzern aus, „unterstützt“ der Staat mit 875,-€ pro Nutzer. Im Worstcase, also bei 5,5 Mrd € Verlust und 3 Millionen Nutzern fördert der Staat mit ca. 1833,-€ pro Nutzer.2 3

Das ist eine ungerechte Bevorzugung von Besserverdienenden auf Kosten des Steuerzahlers und verstößt eklatant gegen den Gleichheitsgrundsatz.